

Bezugspreis:
Bierteljährlich
für Diez 4.50 M.
Bei den Postanstalten
(auschl. Bestellgeld)
4.50 M.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von G. Chr. Sommer,
Diez.

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen

Die einspaltige Zeile
über deren Raum 30 H.
Kleinzeile 90 H.

Ausgabestelle:

Diez, Rosenstraße 36.

Fernsprecher Nr. 17.

Verantwortlich für die

Schriftleitung:

Richard Hein.

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 31

Diez, Mittwoch, den 11. Februar 1920

26. Jahrgang.

Letzte Nachrichten.

Die Abstimmung in Nordschleswig.

Mz Kiel, 11. Febr. Nach dem bis 3 Uhr heute früh vorliegenden Ergebnissen über die Abstimmung in Nordschleswig wurden für Deutschland 20 924, für Dänemark 3379 Stimmen gezählt. Eine Anzahl Meldungen fehlt noch aus.

Die Gesamtsumme der Stimmberechtigten beträgt etwa 110 000.

Ende des Kölner Druckerstreiks.

Mz Köln, 10. Febr. Der Streik der hiesigen Drucker ist durch Anerkennung ihrer Forderungen durch den Schlichtungsausschuß beigelegt worden. Die Arbeit wird unverzüglich wieder aufgenommen.

Die Auslieferungsfrage.

Entschädigung im Falle der Nichtauslieferung? Intransigant spricht von einer von Deutschland im Falle einer Nichtauslieferung der Kriegsschuldigen zu leistenden Entschädigung und meint, daß diese Frage bereits Gegenstand von Verhandlungen zwischen England, Frankreich und Italien geübt habe und noch einmal auf der kommenden Ministerkonferenz in London besprochen werden würde.

Zur Auslieferung des Kaisers. Die Times berichtet, daß der Oberste Rat eine neue Note über die Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers verfaßt habe, die der niederländischen Regierung überreicht werden solle. Diese Note wird in London bei der Zusammenkunft der alliierten Minister besprochen werden.

Wieder eine falsche Hoffnung. Der Daily Chronicle schreibt, daß diejenigen, die gehofft hatten, daß Lloyd George seine Ansichten über die Friedensvertragsklauseln geändert habe, sehr im Irrtum wären. Neuer Bericht ferner aus London: Die durch die Auslieferungsliste entstandene Lage beruht auf einem Mißverständnis. England hat keine Einsicht in die französischen und belgischen Listen. Von einer plötzlichen Änderung der britischen Ansicht kann keine Rede sein, es handelt sich jedoch darum, daß England im Zusammenhang mit den Listen gebracht wird, die es nicht gesehen hatte. Der Wunsch des Vorkanzlers, des Kanzlers und des Attorney-Generals in Paris hatte zur Folge, daß die Angelegenheit vollständig geklärt wurde. Eine Abänderung der britischen Liste fand nicht statt. Die Liste wird Gegenstand eines Gedankenanstausches zwischen den Alliierten und den Deutschen sein müssen.

Die Stellung der Reichsregierung. In der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird zu der Frage Stellung genommen, was das Volk von der Regierung erwartet: „Auf der rechten Seite heißt es Festigkeit und kein Umsturz. In einem allerdings müßte die Regierung festbleiben und dazu müßte sie das Volk überzeugen: in ihren Vorschlägen vom 25. Januar, in denen der Weg zur Lösung der Auslieferungsfrage gezeichnet sei. Die Regierung dürfe keinen Augenblick die Existenz des § 428 vergessen und müßte selbst ampecht die Liste auf ihrem stets vertretenen Standpunkt bleiben nicht Verleugnung, nicht Abänderung, sondern Mobilisation des Friedensvertrages. Die Liste habe noch einmal den ganzen Abgrund des Kriegsschaffs aufgetrissen. Lange Note und die in ihr enthaltenen Vorschläge weisen über Hoff und Schwierigkeiten den Weg in eine Friedensatmosphäre, in der allein ein Rechtspruch erwartet werden kann.“

Kündigung des deutsch-belgischen Finanzabkommens. Der Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller hat die belgische Regierung verkündet, daß wegen der Beteiligung Belgiens an der Auslieferungsliste entgegen seiner formellen Zusage das Ende November v. J. abgeschlossene deutsch-belgische Finanzabkommen hinfällig sei. Die belgischen Unterhändler hätten in den Verhandlungen über dieses Abkommen gegenüber dem Reichsministerium des Auswärtigen und dem Reichsfinanzministerium formell namens der belgischen Regierung erklärt, daß diese auf die Auslieferung verzichte. Diese formelle Zusage habe die belgische Regierung ebensowenig gehalten wie die Zusage, die deutschen Vermögen in Belgien nicht zu liquidieren. Da beide belgischen Zusagen vom Finanzvertrage untrennbar sind, so ist mit dem Bruch der gegebenen Zusage auch der Finanzvertrag aufgehoben.

Fraktionsbesprechungen. Die Fraktionen der Nationalversammlung sind am Montag mit Ausnahme der Mehrheitsfraktion nicht zur Sitzung zusammengetreten. Die sozialistische Sitzung zog sich bis in die späte Nachmittagsstunde hinein, und von der Regierung nahmen an ihrer teil Reichskanzler Bauer und Minister des Auswärtigen Müller sowie der preussische Minister des Innern Heine. Im Zusammenhang mit dem ganzen Konflikt des Auslieferungsprogramms wurden auch die Fragen des Kabinetts erörtert, bei der das Festhalten an der bestehenden Mehrheitsgruppierung mit aller Entschiedenheit betont wurde. Jüngst welche Weisung legen bis jetzt nicht vor.

Protestkundgebungen werden aus allen Teilen des deutschen Reiches gemeldet. Alle Parteien bis auf die Unabhängigen — sogar die Kommunisten — lehnen jetzt in Versammlungen das Auslieferungsgeheiß ab. Angehörige aller Stände nehmen daran teil. So veranstalteten in Berlin die deutschen Berufssoldaten eine große Kundgebung gegen die Schmach der Auslieferung. Schönebergers demokratischer Oberbürgermeister Dominicus kennzeichnet den Plan der Entente. Der Abgeordnete Hugo der Deutschen Volkspartei wies darauf hin, daß der Entente heute aus allen Ländern ein scharfes Nein erschallen müßte. Der mehrheitssozialistische Abgeordnete Wolf Buschil betonte, daß die heutige Frage keine Privatangelegenheit, sondern

eine Schicksalsfrage des ganzen deutschen Volkes sei. Deutschland habe sich noch aus jeder Erniedrigung strahlend erhoben. In München zog nach einer von der demokratischen Partei Bayerns veranstalteten Protestkundgebung eine nach Tausenden zählende Menge unter dem Gesänge „Deutschland, Deutschland über alles“ vor das Hotel, in dem die Entente mission wohnte, wobei Rufe laut wurden.

Die Auffassung in Paris. Berlingske Tidende erfährt aus Paris: In Pariser politischen Kreisen wird diskutiert, ob Frankreich dem englischen Ministerpräsidenten hinsichtlich seines Rückzuges in der Auslieferungsfrage folgen solle. Der Temps sagt, u. a. in einem Artikel, der wegen der Unannehmlichkeiten bemerkenswert ist, die das Blatt dem englischen Premierminister macht: Das deutsche Volk sei auf falschem Wege, wenn es seinen ganzen Zorn gegen Frankreich wende. In Wirklichkeit sei Lloyd George die treibende Kraft, in der ganzen Affäre in Paris gewesen. In Paris ist allgemein die Ansicht die, daß Lloyd George die Entente in eine sehr unangenehme Situation gebracht habe.

Die Meinung in Paris über die Auslieferbarkeit des Auslieferungsgeheißens ist geteilt. So erklärt die Humanité: „Biele Personen der alten und neuen Welt, die selbst außerhalb des Sozialismus stünden, verurteilten den Vertrag von Versailles und erklärten ihn für unausführbar. Vor wenigen Tagen habe Asquith in Baisley erklärt, die Revision sei unvermeidlich. Die öffentliche Meinung Deutschlands, nicht nur der rechten, sondern auch der anderen Fraktionen, stünde der Auslieferung feindlich gegenüber. Die Alliierten seien durch den Vertrag bewaffnet, aber entworfen vor dem menschlichen Gewissen. Sie hätten sich den Buchstaben eines Vertrages, aber sie hätten gegen sich die nicht geschriebenen Gesetze, von denen der große griechische Tragöde spreche.“

Ein scharfes Urteil fällt das Organ der niederländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Het Volk. Es schreibt in einem Leitartikel: „Die Spannung, die das Auslieferungsgeheiß in Deutschland, den neutralen Ländern und der ganzen Welt erzeugt, lasse deutlicher als je den weltgefährlichen Charakter der Entente-politik erkennen, einer Politik auf Wiegeln oder Brechen, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen, politischen und vor allem psychologischen Folgen.“

Die Liste für Deutschland, die nichtamtlich in den neutralen Ländern bekannt wurde, enthält nach einem Bericht der Frankf. Ztg. aus Genf auf 190 Seiten 866 Namen, darunter 828 deutsche. Frankreich verlangt die Auslieferung von 376 Personen, Belgien 265, England 112, Polen 53, Rumänien 41, Italien 29 und Serbien 4 Personen.

Die Auslieferungsliste für Österreich. Nach einer Meldung aus Wien soll die Liste der von Österreich auszuliefernden Personen in aller Kürze überreicht werden. Unter den angeforderten Personen sollen sich Erzherzog Joseph, General Arz v. Straußenburg, Feldmarschall v. Kövess sowie der ehemalige Minister Graf Berchtold befinden. Das Auslieferungsverfahren wird indessen durch den Umstand kompliziert, daß mehrere der Angeforderten sich in neutralen Ländern aufhalten oder infolge der Aufteilung der Monarchie jetzt Bürger von der Entente befreundeten Staaten sind.

Der Völkerverbund.

Präsident Wilson hat nach einer Meldung der Agentur Havas aus Washington an den Senator Hitchcock ein Schreiben gerichtet, in welchem er ihm mitteilt, daß er seinen Vorbehalten zum Friedensvertrag zustimmt. Der Senator gab von diesem Schreiben den republikanischen und demokratischen Senatoren Kenntnis, die hierauf eine Konferenz abhielten, um zu versuchen, eine Einigung zwischen den beiden Parteien hinsichtlich dieser Vorbehalte zu erreichen, was jedoch nicht gelang.

Die Monroe Doktrin. Die Republik San Salvador richtete an die Vereinigten Staaten das Ersuchen, sie möchten die Monroe Doktrin (d. h. die Lehre: Die amerikanischen Verhältnisse werden nur von Amerikanern bestimmt, genau auslegen, damit das lateinische Amerika genau wüßte, wie es sich zu verhalten hätte bezüglich seines Rechtsstandpunktes für den Fall, daß die amerikanischen Republiken dem Völkerverbund beitreten. In Amerika wird die Antwort der Vereinigten Staaten auf dieses Begehren mit lebhaftem Interesse erwartet.

Aus dem besetzten Gebiet.

Aus dem Saargebiet. Wie aus Berliner parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung in Verhandlungen mit Vertretern von Handel und Industrie dem Saargebiet zugesagt, die deutsche Bevölkerung im Saargebiet nach wie vor mit allen Lebensbedarfsartikeln zu Inlandspreisen zu beliefern. Im Saargebiet selbst sind geeignete Maßnahmen getroffen worden, daß die von Deutschland gelieferten Waren nur an die deutsche Bevölkerung abgegeben werden. Der Divisionsgeneral Wirbel, Oberster Verwalter des Saargebiets, erließ folgende Bekanntmachung: „In Zukunft ist es im Saarland jedweder nicht daselbst ansässigen Person untersagt, in Versammlungen das Wort zu ergreifen oder an Debatten und Besprechungen sich zu beteiligen, und zwar gleichviel, welches Thema behandelt wird. Der General, Oberster Verwalter des Saarlandes, behält sich jedoch vor, eventuell Ausnahmen zu gestatten, wenn besonders wichtige Gründe dafür sprechen.“

Der Ministerbesuch. Ministerpräsident Hirth und Finanzminister Dr. Südekum besuchten auf ihrer Fahrt rheinwärts auch Neuwied. Der Ministerpräsident teilte mit, daß für die Kinder der Hochwasserbeschädigten von Koblenz 30 000 Mark

für die von Neuwied 15 000 Mark durch die Staatsregierung überwiesen worden seien. Der anwesende Oberbürgermeister von Koblenz gelobte in einer Ansprache, trotz aller wachsenden Lasten für die Stadt die Treue und Anhänglichkeit an das Deutsche Reich zu wahren. Der Ministerpräsident stellte die Ueberlassung des Schloßgebäudes an die Stadt Koblenz in baldige Aussicht. Später fuhren die Minister nach Wiesbaden weiter, wo sie am Samstag eintrafen. Die Besprechungen mit der Regierung und den übrigen Verwaltungsstellen waren vertraulich. Am Abend wollte der Ministerpräsident von Mainz aus wieder nach Köln zurückfahren. Andere Herren blieben noch in Wiesbaden.

Vorlesungen. In der französischen Kammer forderte der Abgeordnete viel beachtete Rheinlandpolitiker Maurice Barrès die materielle und moralische Entwertung Deutschlands, um die strenge Ausführung des Friedensvertrages und aller anderen Verträge sicherzustellen. Der Ministerpräsident versprach eine Reihe von Besuchen des schlechten Willens Deutschlands, dem Vertrag auszuführen. Barrès fragte, welche Maßnahmen die Regierung gegenüber Deutschland zu ergreifen gedenke im Falle der Nichtausführung der Friedensbestimmungen. Barrès forderte für die Rheinlande gewisse Berganstellungen. Die im Rheinland vielfach vorhandenen Verwandtschaftsverhältnisse mit Frankreich müßten wieder belebt werden. Frankreich müsse den Rheinländern eine rheinische Prosperität im Einklang mit der französischen Prosperität vorschlagen. Zur Bewirkung dieses Annäherungswerkes empfiehlte er Volksergünstigungen für die Rheinlande und Schaffung von Schulen und französischen Schulen. Wenn das Rheinland dem preussischen Einfluß entzogen würde, so würde das eine Gewähr für den Weltfrieden sein.

Postverkehr mit der belgischen Zone. Amtlich wird mitgeteilt: Für die belgische Zone der besetzten deutschen Rheingebiete sind alle bisher von der Besatzungsbehörde erlassenen Anordnungen über die Sonstigkeit und über sonstige Einschränkungen des Postverkehrs, ausgenommen den Zeitungs- und Druckschriftenverkehr, aufgehoben worden. Der Postverkehr mit dieser Besatzungszone richtet sich daher von jetzt an nach den allgemeinen Vorschriften. Bezüglich der Zeitungen und sonstigen Druckschriften verbleibt es bis auf weiteres bei den bisherigen Bestimmungen. Zur Verwendung der Interalliierten Rheinlandkommission vom 10. Januar, die dieser Kommission und den von ihr ermächtigten Beamten für gewisse Fälle das Recht auf die Auslieferung von Briefen und Postsendungen beilegt, wird durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

Eisenbahnfahrpreise für die Besatzungs- truppen. Wie die Cologner Post mitteilt, müssen seit dem 25. Januar alle Militärpersonen die nicht im Besitz eines Transporthandels sind, auf den Eisenbahnen des besetzten Gebiets eine Fahrkarte zu lösen. Der Fahrpreis beträgt ein Viertel des Tarifs, das ist für den Kilometer in der ersten Klasse 88, in der zweiten Klasse 39 und in der dritten Klasse 13 Pfennig. Für D-Büge ist der volle Zuschlag zu zahlen, das ist in der ersten Zone bis 75 Kilometer 3 Mark bzw. 1.50 Mark, in der zweiten Zone bis 150 Kilometer 6 Mark bzw. 3 Mark und in der dritten Zone für größere Entfernungen 9 Mark bzw. 4.50 Mark in der ersten und zweiten bzw. dritten Klasse.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Der vierte Transport aus Japan mit 12 Offizieren, 14 Portepes-Unteroffizieren und 582 Unteroffizieren und Mannschaften, insgesamt 608 Personen, hat laut telegraphischer Mitteilung der schweizerischen Gesandtschaft in Tokio auf dem Dampfer Hudson Maru am 27. Januar Kobe verlassen. Transportführer ist Korvettenkapitän Bodeder. Die Ankunft in Wilhelmshafen ist Anfang April zu erwarten.

Heimkehr aus Rußland. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Nach langer Unterbrechung kann jetzt mit dem Eintreffen eines Transportes deutscher Kriegs- und Zivilgefangener aus Rußland gerechnet werden. Ein Funkpruch aus Moskau meldet, daß 600 deutsche Invaliden, Greise, Frauen und Kinder, am 7. Februar Moskau verlassen sollen. Der Transport wird über Vorklask geleitet, wo für den Empfang und die Weiterleitung alle erforderlichen Maßnahmen getroffen sind.

Deutschland.

Beilehnung der Reichstagswahlen. Von parlamentarischer Seite erfährt man, daß mit Rücksicht auf die neuen inner- und außerpolitischen Spannungen das Weiterbestehen der Nationalversammlung tatsächlich in Frage gestellt ist. Man rechnet bestimmt darauf, daß nunmehr die Regierung mit Beilehnung auf die Durchführung der Reichstagswahlen hinarbeiten wird, so daß eine Einberufung des Reichstags in einem Vierteljahr erfolgen kann.

Neue Mittel für die Kriegsenten. Ueber neue Anordnungen zur Verringerung der Not der Kriegsbeschädigten und Kriegsinvaliden, zur Verringerung der Not unter den Versorgungsberechtigten militärischen Personen der unteren Klassen und der Hinterbliebenen fanden zwischen dem Reichsarbeitsministerium und dem Reichsfinanzministerium Verhandlungen statt. Diese hatten das Ergebnis, daß das Reichsfinanzministerium zusagte, für diesen Zweck erhebliche Mittel bereit zu stellen.

Erzberger gegen den Reichsbankpräsidenten. Wie die Cobl. Ztg. mitteilt, hat der Reichsfinanzminister Erzberger im Reichskabinett die Entlassung des Reichsbankpräsidenten Haverstein gefordert. Dem Wunsch des Reichsfinanzministers konnte jedoch nicht entsprochen werden, da das Reichskabinett für die Entlassung nicht zuständig ist. Grund zu dem Zorn des Herrn Erzberger gab der Umstand, daß der Reichsbankpräsident eine Denkschrift verfaßt hat, in der das belgische Finanzabkommen, das Herr Erzberger abgeschlossen hat, aufs schärfste kritisiert wird. Der

Reichsbankpräsident kommt darin zu dem Ergebnis, daß das Reich zu dieser Manipulation des Herrn Erzberger ein Risiko in großer Milliardenhöhe auf sich genommen habe, ohne daß ein moralischer oder politischer Zwang dazu vorliegen hätte und ohne daß entsprechende Gegenleistungen von Belgien erreicht worden wären. Man nimmt in politischen Kreisen an, daß diese neue Tat des Herrn Erzberger sehr bald den Gegenstand einer Interpellation in der Nationalversammlung bilden wird. (Der Vorgang wirft ein eigenartiges Licht auf Erzberger. Als Reichsfinanzminister hätte er wohl wissen sollen, daß die Reichsregierung eine Entlassungsbefugnis gegen den Reichsbankpräsidenten hat.)

Die Tschechen in Oberschlesien. Kurz vor dem Einzug der tschechisch-slowakischen Truppen in Sultschin sang in mondheiler Nacht die gesamte deutsche Bevölkerung das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“. Der Abschied von den deutschen Truppen war ebenso herzlich ergreifend in seiner Begrüßung, wie der Empfang der tschechisch-slowakischen Truppen kühl und gemessen war. Darüber vermochten weder die rauschende Militärmusik, noch die schwungvollen Reden, noch das ganze militärische Gepränge der Tschechen hinwegzutäuschen. In Klein- und Groß-Horschlag war beim Einzuge der Tschechen kein einziger Deutscher auf der Straße, nur die von Troppau aus mitgereisten Tschechen bildeten Spalier. In Deutsch-Kratowarn waren die Straßen beim Einzuge der Tschechen voll von Deutschen; als die Tschechen einrückten, sang alles „Deutschland, Deutschland über alles“. Weder in Deutsch-Kratowarn noch in Klein- und Groß-Horschlag waren die Vertreter der Gemeindeverwaltung zum Empfang der Tschechen auf der Straße. Die Tschechen waren gezwungen, die Gemeindebehörden in ihren Amtsräumen aufzusuchen.

Elbsa-Bohringen.

Die Auswanderung der Deutschen. Wie die Zentralstelle für Heimförderung deutscher Staatsangehöriger bekannt gibt, haben seit einem Jahre 95 000 Deutsche die Räderleinbrücke überschritten. Davon wurden 21 000 ausgewiesen, die übrigen wanderten „freiwillig“ aus. Diese Zahl bedeutet ersichtlich nur einen Bruchteil der seit dem Einzuge der Franzosen aus dem ehemaligen Reichsland vertriebenen Aldeutschen und „Unerwünschten“.

Frankreich.

Die Ausführung des Friedensvertrages. In der Kammer erklärte Ministerpräsident Millerand über seine Politik Deutschland gegenüber: Deutschland müsse 27 Millionen Tonnen Kohlen jährlich liefern. Die Deutschen verbrennten mehr Kohlen als die Franzosen. Das sei eine Last, die er nicht annehmen könne. Der Ministerpräsident besprach die Mittel, über die man verfüge und die im Friedensvertrag vorgesehen seien, um von Deutschland die Ausführung des Friedensvertragsklauseln zu erlangen. Er verlas Artikel 429 und sagte: Ich beabsichtige also, Deutschland zu benachrichtigen, daß im Falle offenkundiger Nichtausführung seiner Verpflichtungen die im Artikel 429 vorgesehenen Strafen für aufgehoben erklärt werden und nicht mehr laufen. Der Ministerpräsident verlas auch das Kohlenabkommen und sagte, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, werde man zu wirtschaftlichen und finanziellen Repressalien sowie allen anderen nützlich erscheinenden Maßnahmen greifen, ohne daß Deutschland Grund habe, sie als einen feindseligen Akt zu betrachten. Millerand fuhr wörtlich fort: Ich beabsichtige also, wenn der Augenblick gekommen ist, mich dieser Maßnahmen zu bedienen, die der Vertrag mir an die Hand gibt und ich erkläre von der Tribüne herab, ohne drohen zu wollen und nur deshalb, damit die Frage sehr klar und wohl verstanden wird, daß wir beabsichtigen, von Deutschland nichts zu verlangen, was es uns nicht auf Grund des Vertrages schuldig ist, daß wir aber alles verlangen werden, was es uns schuldig ist. Um dies zu erzielen, werden wir alle Maßnahmen treffen, die der Vertrag uns an die Hand gibt.

Vereinigte Staaten.

Abwanderung. Der amerikanische Inter-racial Council, der sich mit der „Amerikanisierung“ der fremdgeborenen Arbeiterschaft beschäftigt und an dessen Spitze der Pulverkönig Coleman du Pont steht, hat die Entdeckung gemacht, daß bereits 1 000 000 Arbeiter dem Lande den Rücken gekehrt haben und eine weitere Million nur auf Erleichterung des Pflanzwanges wartet, um ebenfalls nach Europa zurückzukehren. Die Zurückkehrenden würden derartige Geschichten von den hier obwaltenden Verhältnissen zu Hause erzählen, daß auf weitere Einwanderung kaum zu rechnen sei. Es wird daher vorgeschlagen, der Einwanderung gegenüber eine liberalere Haltung anzunehmen, weil das Land ungelernete Arbeiter nötig habe.

Saluta-Sorgen. Der Senat hat das Finanzdepartement um Nachweisungen gebeten über die Art der Verpflichtungen der einzelnen Länder, die Anleihen von den Vereinigten Staaten erhalten haben. Senator Thomas erklärte, das Sinken der ausländischen Saluta bedrohe die amerikanische Ausfuhr. Er werde dem Senat den Vorschlag einreichen, eine Kommission zu bilden, die sich mit der Wiederherstellung des Gleichgewichts der Saluta befassen soll.

Südamerika.

Argentinien und Deutschland. Der argentinische Außenminister Dr. Buegrados äußerte in einem Interpellationsbericht über die Beziehungen zu Deutschland u. a.

„Diese Beziehungen waren niemals herzlicher als jetzt; denn unsere Republik hatte die Befriedigung, daß alle von Deutschland mit unserer Regierung getroffenen Vereinbarungen ausgeführt wurden. Deutschland hielt sein Versprechen, die argentinische Schiffslage überall respektieren zu wollen, gewissenhaft. Der beste Beweis ist die ungeführte Fahrt des Panzers „Mendoza“ nach Nordamerika, der das in den Gefandtschaften deponierte Geld holen sollte. Der U-Bootkrieg war auf seiner Höhe. Trotzdem erteilte Deutschland allen seinen U-Bootkapitänen Befehl, unserem Kriegsschiff, das man seiner Banant nach sehr leicht für ein deutschfeindliches halten konnte, freie Fahrt zu lassen.“

Erleichterungen bei der Reichsabgabe.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Bei dem Reichsfinanzministerium gehen auch jetzt noch zahlreiche Gesuche von kleinen Rentnern ein, beim Reichsnotopfer auf ihre bedrängte wirtschaftliche Lage Rücksicht zu nehmen. Aus der Mehrzahl dieser Gesuche geht hervor, daß den Geschicklichen die Vorschriften des Reichsnotopfergesetzes nicht genügend bekannt sind. Mit Rücksicht darauf wird ausdrücklich festgestellt, daß in dem Gesetz über das Reichsnotopfer auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Abgabepflichtigen weitestgehende Rücksicht genommen worden ist. Insbesondere ist vorgesehen, daß die Abgabe auf Antrag der Abgabepflichtigen ganz oder teilweise gestundet werden kann, falls sich bei billiger Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse der Einkünfte und Verzinsung der

Abgabe als eine besondere Härte erweist. Diese Vorschrift bezweckt, vornehmlich solchen Abgabepflichtigen eine möglichst weitgehende Entlastung von der Reichsvermögensabgabe zuteil werden zu lassen, die mit ihren Renten oder Zinsen nur mit Mühe imstande sind, ihren Lebensunterhalt und den ihrer unterhaltsberechtigten Angehörigen zu bestreiten.

Ferner ist vorgesehen, daß bei Abgabepflichtigen im Alter von 45 Jahren und darüber, die ein steuerbares Vermögen von nicht mehr als 150 000 Mark besitzen und keinen Anspruch auf Pension haben, eine erhebliche Ermäßigung der Abgabe eintritt, falls sie nicht die zinslose Stundung der ganzen Abgabe beantragen und bewilligt erhalten.

Endlich darf nicht außer Acht gelassen werden, daß eine Verpflichtung zur sofortigen Bezahlung der ganzen Vermögensabgabe nicht besteht. Vielmehr ist die Abgabe in Teilbeträgen zu entrichten, die sich auf einen Zeitraum von rund 30 Jahren erstreckt; ausgenommen hieron sind nur die Abgabebeträge, die 500 Mark nicht erreichen, und der durch 500 Mark nicht teilbare Betrag der Abgabe.

Altersgrenze für Wahlberechtigung u. Wählbarkeit. In der demokratischen Parteiforstellung sind wir folgende interessante Zusammenfassung:

Am 12. Februar 1867 haben die ersten Reichstagswahlen stattgefunden: zum Reichstag des Norddeutschen Bundes. Unter den Mitgliedern dieses ersten Reichstages waren damals die drei jüngsten: August Bebel (geb. 22. Febr. 1840), der konservative Rittergutsbesitzer von Wandorf-Wiesenburg (geb. 28. Mai 1839) und Eugen Richter (geb. 30. Juli 1838). In sehr jungen Jahren ist auch Erzberger, geboren 20. März 1875, bei den Wahlen von 1903 in den Reichstag gewählt worden. Er wurde damals der Benjamin des Reichstages genannt. Aber er war doch auch schon älter, als Bebel bei seiner ersten Wahl in den Reichstag war. Jünger als Bebel ist überhaupt wohl niemals ein Mitglied der deutschen Volksvertretung bei seinem Eintritt in den Reichstag gewesen.

Nach dem alten Reichswahlgesetz war für die Berechtigung zur Teilnahme an Reichstagswahlen wie zur Wählbarkeit in den Reichstag Voraussetzung, die Vollendung des 25. Lebensjahres. Durch die Verordnung über die Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung wurde unter Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen das Wahlberechtigungs- und Wählbarkeitsalter auf 20 Jahre herabgesetzt: „Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben“, so hieß es dort, und weiter: „Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahr Deutsche sind“.

In den Vorentwürfen des Ministeriums des Innern für ein neues Reichswahlgesetz wird eine Änderung der Altersgrenze für die Wählbarkeit vorgeschlagen. Reichstagswähler bleiben „alle Männer und Frauen, die am Wahltag die Reichsangehörigkeit besitzen und das 20. Lebensjahr vollendet haben“. Als Vorschrift für die Wählbarkeit wird vorgeschlagen: „Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Tage der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens einem Jahre Reichsangehöriger ist“.

Das jüngste Mitglied der Nationalversammlung ist der unabhängige Sozialdemokrat Medakteur Dr. Geher, zum Unterschied von seinem Vater Geher-Leipzig. Geher-Sachsen genannt. Er ist am 19. November 1891 geboren, war also am 19. Januar 1919, dem Tage seiner Wahl, 27 Jahre alt. Außer ihm waren von den Mitgliedern der Nationalversammlung nur der unabhängige Sozialdemokrat Medakteur Düvel, geboren am 29. April 1891, noch nicht dreißig Jahre alt. Die Herabsetzung der Altersgrenze für die Wählbarkeit vom vollendeten 28. auf das vollendete 20. Lebensjahr hat also nicht die Wirkung gehabt, daß in irgend einem Wahlkreis ein Abgeordneter im Alter von noch nicht 25 Jahren gewählt worden wäre.



Soziales.

Streiks. In Solingen ist seit Montag früh ein wilder Einzelstreik in einen Generalstreik übergegangen. Ihm haben sich auch die Buchdruckergehilfen angeschlossen, so daß die Zeitungen nicht erscheinen. In Köln sind die Buchdrucker wegen Lohnforderungen Montag vormittag 11 Uhr in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine außerordentliche Lohnerhöhung von 50 Mark für die Woche. Die Zeitungen können wegen des Streiks nicht erscheinen.

Betriebsbestellung. In Danzig sah sich der Magistrat infolge fortwährender Verstöße der Arbeiter gegen die Arbeitsordnung, allgemeiner Disziplinlosigkeit, Unordentlichkeit und tätlicher Beleidigung der Werkleiter gezwungen, die Danziger Werk, frühere Reichswerk, zu schließen.

Kirche und Schule.

Die gemeinsame Grundschule. Der amtliche Entwurf des Gesetzes über die Grundschule ist, nachdem er die Zustimmung des Reichskabinetts gefunden hat, dem Reichsrat zur Beratung zugegangen. Damit ist der Entwurf für das erste Reichsschulgesetz aufgestellt, das die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Schulwesens, die durch die neue Verfassung dem Reich überlassen ist, einleitet. Im allgemeinen besteht, wie bekannt, die Absicht, die einzelnen Fragen der Schulgesetzgebung von der Reichsschulkonferenz, die Örtern in Berlin zusammenzutreten wird, begutachten zu lassen. Im vorliegenden Fall wurde hieron abgesehen, weil die Länder wie Gemeinden auf eine sofortige Regelung der Schulfrage drängen. Da in Artikel 148 der Verfassung festgesetzt ist, daß sich das mittlere und höhere Schulwesen auf der gemeinsamen Grundschule aufbauen soll, war der einheitliche Inhalt des Gesetzes von vornherein gegeben. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß die Grundschule vier Unterrichtsfächer umfassen soll. Alle öffentlichen und privaten Volksschulen werden aufgehoben. Es wird indessen den Volksschulen eine gewisse Abwärtswirkung zugewiesen, doch soll der erste Jahrgang schon im kommenden Jahre nicht mehr neu mit Schülern besetzt werden. Die Tätigkeit der öffentlichen Volksschulen hat nach dem Entwurf mit Beginn des Schuljahres 1924-25, die der privaten Volksschulen mit Beginn des Schuljahres 1929-30 beendet zu sein. Der Gesetzentwurf bestimmt weiter, daß die Kräfte an anderen öffentlichen Schulen bei gleichbleibender Besetzung weiter zu beschäftigen sind. Die Privatunterweisung einzelner Kinder oder geschlossener Gruppen soll nur ausnahmsweise zugelassen, im allgemeinen aber verboten sein. Es besteht die Absicht, das Gesetz, falls die Verabschiedung im Reichsrat und in der Nationalversammlung rechtzeitig erfolgt, noch vor Beginn des Schuljahres am 1. April in Kraft zu setzen.

Verkehr.

Post ins Saargebiet. Die Absender von Postpaketen nach dem Saargebiet befolgen häufig nicht die neuen Vorschriften über die Bezeichnung der von der Befugnisbehörde geforderten Begleitpapiere (je eine Zollinhaltsklärung in deutscher und in französischer Sprache, Anmeldechein für die Statistik des Warenverkehrs, Ausfuhrklärung und, wenn die zollfreie Einfuhr der Pakete in das Saargebiet beantragt wird, auch Ursprungszeugnis). Die Nichtbeachtung der Vorschriften kann die Zurückweisung der betreffenden Pakete, das Fehlen eines Ursprungszeugnisses insbesondere die Forderung sehr hoher Zollgebühren seitens der Verwaltung des Saargebiets zur Folge haben.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

Wiesbaden, 10. Febr. Wegen Kohlemangels muß das Rathaus für einige Zeit geschlossen werden.

Frankfurt a. M., 10. Febr. Blausäure aus deutschen Wirtschaftskörper sind die sich seit Monaten in Frankfurt aufhaltenden Polen und Galizier. Ihre Zahl dürfte nach vorläufigen Schätzungen mit rund 2000 nicht zu niedrig gegriffen sein. In der Hauptstadt treiben diese Leute Handel mit Gold- und Silbermünzen, Juwelen und anderen Wertsachen, die sie in Mengen in das Ausland führen und dadurch ganz wesentlich zum wirtschaftlichen Zusammenbruch des deutschen Reiches beitragen. Dieser Tage greift die Polizei endlich einmal gegen diesen Krebsgeschaden ein, indem sie unter einem großen Beamteneinsatz in allen Stadtteilen gleichzeitig etwa 150 Polen und Galizier festnehmen und dem Strafgesangnis Preungesheim zuführen ließ. Von hier werden sie nach Aburteilung wegen unerlaubter Einfuhr als lästige Ausländer aus Frankfurt bezw. Preußen ausgewiesen und nehmen im Offenbach oder Wilmshausen ihren Betrieb wieder auf.

Frankfurt a. M., 10. Febr. Das Wohnungsamt benötigt zur Unterbringung von zuziehenden Familien und jung verheirateten Ehepaaren gegenwärtig rund 3000 Wohnungen, kann aber höchstens nur etwa 10 leistungsfähige Wohnungen zur Verfügung stellen. Der Hilfskomitee D. B.atter vom hiesigen Wanderrat wurde wegen Verbrechens im Amt festgenommen. Er wird beschuldigt, Beschuldigungen gegen den hiesigen Wanderrat auf eigene Rechnung vorgenommen zu haben.

Witten, 10. Febr. Zwischen dem Kreisrat und dem Landrat v. Bezold ist es zu einem Konflikt gekommen, der, wie Bürgermeister Wilmann-Witten öffentlich mitteilt, auf das Verwaltungssystem des Landrats zurückzuführen ist. Der Kreisrat, mit Ausnahme seines sozialdemokratischen Mitgliedes erachtet es für notwendig, daß ein Wechsel in der Kreisleitung eintritt.

Nieder-Ingelheim, 10. Febr. Einen grauenhaften Tod fand hier der 80 Jahre alte Landwirt Wilh. Wolf. Gestern morgen bemerkte man, wie aus dem Schlafzimmer des alten Mannes starke Rauchwolken aufstiegen. Als man in das Zimmer eintrat, fand man das Bett des Greises in hellem Flammen. Der Mann selbst war bereits total verbrannt. Wie es aber am frühen Morgen entstehen konnte, ohne daß ich der Greis zu retten vermochte, ist bis jetzt noch ein Rätsel. Untersuchung ist eingeleitet.

Bad Nauheim, 10. Febr. Viele hier weilende Kurgäste haben bereits wieder die umliegenden Wälder nach Eiern ab. Da sie jeden Preis anlegen, meistens dem Hühnerhändler hohe Summen für ein Ei anbieten, erhalten sie mühelos jede Menge. Die natürliche Folge ist die schärfste Verwilderung der Eier. Durchweg überschreiten die hantierenden Kurgäste, die nicht selten auch noch gegen entporenden Ausschlag ihrer Hamsterware Geschäfte machen, den festgesetzten Höchstpreis von 30 Pfennigen für das Ei um das Bier bis Pfennig.

Mainz, 8. Febr. Die französische Verwaltung verbietet den Zeitungen jeden Protest gegen das Auslieferungsgesetz der Entente.

Mainz, 10. Febr. Mit der Niederlegung der Rhein-Deichfestigung hat die Stadtverwaltung bereits begonnen. Von der Mauer bleibt der Sockel in einer Höhe von 75 Zentimetern stehen.

Dreieichenhain, 10. Febr. Das historische Museum des Ortes, eines der ältesten und reichhaltigsten Hessens, ist durch Beschluß des Gemeinderats vorläufig aufgehoben worden, da man seine Räume zu Wohnzwecken benötigt. Wenn bessere Zeiten eintreten, will man für das Museum einen besonderen Anbau schaffen.

Leinweiser i. D., 10. Febr. Der hier ansässige Schlosshauptmann Major Bauer-Bitz, schenkte der Stadt, deren Ehrenbürger er ist, die von ihm neugebaute Kleinschule, das Krankenhaus, das Haus „Salem“ für alleinstehende Frauen und zwei Schwester-Bwohnungen. Ferner stellte er ein großes Kapital stiftungsweise zur Verfügung, aus dessen Zinsen der Gebäude und das Schwesterpersonal unterhalten werden sollen. Die großartige Stiftung kommt den Einwohnern beider Konfessionen zugute.

Aus dem Unterhahndkreis.

Habenscheid, 10. Febr. Bei den Erneuerungswahlen der kirchlichen Gemeindeorgane wurde an Stelle des ausscheidenden Kirchenvorstehers Arnold-Basenbach, Schreinermeister Wilhelm Schenker von Viebrich gewählt.

Gramberg, 10. Febr. Hier hat sich ein Jungfrauenchor gebildet, der u. a. die Fortsetzung des Leichengefangs bei Beerdigungen übernommen hat.

Aus Ems und Umgegend.

Evang. Kirche. Infolge des Bezugs unseres seit herigen Kirchenrechners Fischer wird die Kirchenkasse jetzt schon in das Haus des zukünftigen Kirchenrechners Grösel, Marktstraße Nr. 11 verlegt. Die Aufzeichnungen bleiben unverändert. Bis zum 15. d. Mts. bleibt Herr Fischer im Amt. Es wird ferner an die Zahlung der rückständigen Kirchenrechnern erinnert.

Zentralverband der Kriegsschädigten und Hinterbliebenen, Ortsgruppe Bad Ems. Durch ganz Deutschland hielt am letzten Sonntag die Kriegsschädigten- und Hinterbliebenen-Organisationen Versammlungen ab, um die Not vieler Kriegsschädigten und besonders der Hinterbliebenen angesichts der großen Teuerung zu beleuchten. Über die Versammlung in Ems wird uns geschrieben: Vorsitzender Langenberg der 1. Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, hatte in unerwarteter treuer Fürsorge für unsere Mitglieder auch diesmal das Referat übernommen. Den Vortragende beschränkte sich nicht auf ein zeitgemäßes allgemeines Dament, sondern ging unter Heranziehung eines großen Materials dem Uebel an die Wurzel, indem er auch auf Grund und Ursache einging und in anschaulicher Weise das furchtbare Elend schilderte, welches Krieg und Teuerung in ihrem Gefolge haben. Im Anschluß an diese Ausführungen faßte die Versammlung eine Resolution, die an das Reichswehrministerium abgeschickt wurde und die dahin lautet, daß in den neuen Versorgungsgesetzen die dem Reichswehrministerium beim Zentralverband deutscher Kriegsschädigten

Kriegshinterbliebener unterbreiteten dringenden Wünsche
Forderungen Wirklichkeit werden, und daß angesichts der
die furchtbare Teuerung hervorgerufenen verzweifelt
vieler Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen diese so-
eine ausreichende und angemessene Versorgung zuteil werden
Der Bauernverein veranstaltet, wie wir schon, in
Jahre am kommenden Sonntag im Hildischen Saalbau
ein Kostümfest. Das Tragen von Kostümen ist ja erlaubt,
nur Gesichtsmasken sind verboten. Näheres wird noch
Anzeigen bekanntgegeben werden.

Die Deutsche demokratische Partei Bad Ems, ladet
Bürger und Bürgerinnen für heute abends 8
zu einer Versammlung im Hildischen Saalbau ein, um
sich zu beraten, die geeignet sind, den Betrieb der Ems-
erzeugnisse an Bad Ems zu fördern. Wie bekannt, hat die
Partei Fraktion bereits einen entsprechenden Antrag
Stadtvorordnetenversammlung vorgelegt, der die grund-
tliche Zustimmung aller anderen Fraktionen gefunden hat.

Aus Diez und Umgegend.
Gedenktafel der Kriegsoffiziere. Ein Mitglied der
evangelischen Kirchengemeinde hat dem Kirchenvorstand die
Vorschlag gemacht, die Gedenktafel für unsere im Krieg Gefalle-
nen zu stiften, die, wie die Ehrenliste für die Helden von
1914-18, in der Kirche an einem geeigneten Ort aufgestellt
werden soll. Damit keiner, der als Mitglied der Kirchengem-
einde ein Anrecht hat, mit seinem Namen auf der Gedenk-
tafel zu stehen, vergessen wird, werden die Hinterblie-
benen gebeten, die Namen derselben mit dem Tage ihres
Todes, dem Vorstehenden des Kirchenvorstandes, Dehn Wil-
helm, mitzuteilen. Nach den Aufzeichnungen derselben ist die
Liste der Gefallenen des Gesamtjahres 1918.

Aus Nassau und Umgegend.
Singhofen, 10. Febr. Die freiwillige Feuerwehr
im Saale „Zur Rose“ ihre diesjährige Generalver-
sammlung ab, bei der unter den üblichen Vereinsangelegenheiten
auch Wahl des Vorstandes usw. vorgenommen wurde.
Kommandanten Christ. Wäger, der vor-
her die Wahl ablehnte, wurde Gastwirt Joh. Zahn, an-
stelle des 2. Kommandanten W. Han, der wegen seines
Alters von seiner Person Abstand zu nehmen bot,
erwählt. Willi Schmidt gewählt. Willi Han wurde in
Betracht seiner langjährigen Mitgliedschaft und als Mit-
glied der Wehr zum Ehrenkommandanten ernannt. Als
Vorher der einzelnen Abteilungen wurden H. Minor, Karl
Schmidt, Hermann Minor und Adolf Minor gewählt. Ferner
wurde das Mitglied Willi Schmidt, der aus Kriegsgefangen-
schaft zurückgekehrt ist, besonders begrüßt. Ferner wurde
auch einige neue Mitglieder in die Wehr aufgenommen. Der
Schluß bildete der gemütliche Teil, der die Wehr, nach den
langen Kriegsjahren, wieder einmal ungezungen vereinte.

Zwiebad-Verkauf.
Am Donnerstag, den 12. d. M., vormittags von 9 Uhr
ab, gelangt im Verbrauchsmittelamt Zwiebad zum Verkauf
ab zwar für Kinder bis zu 4 Jahren, alte Leute über 70
Jahre und Kranke.
Bei Kindern muß die Milchkarte vorgelegt werden, bei
alten Mg. Milchkarte, oder, wenn keine vorhanden, ein
Arbeitszeugnis oder dergl.
Bad Ems, den 11. Februar 1920.

Verbrauchsmittelamt.

Die ev. Kirchenkasse Ems
von Donnerstag, den 12. Februar d. J., ab in die
Marktstraße 11 verlegt worden. [687]

Rottlee (garantiert seidefrei)
Runkelkerne u. Chlorkalium
angeboten.
Emser An- & Verkaufsgenossenschaft.

Ca. 200 Arbeiter
sofort gesucht.
Meldung beim Pförtner.
Motor Organisation. Coblenz-Lübel.
Walleheimerweg, Traindepot. [688]

Volksschule Diez.
Die Neuaufnahme findet Donnerstag, den 12.
Febr. d. J., statt. Schulpflichtig sind alle Kinder,
welche vor dem 1. April 1920 das 6. Lebensjahr zurückgelegt
haben. Können sie wegen zurückgebliebener Entwicklung den
Unterricht noch nicht besuchen, so ist bei dem Unterzeichneten
eine schriftliche Bescheinigung zu beantragen.
Kinder, die in der Zeit vom 1. April bis 30. September
das 6. Lebensjahr vollenden, können, soweit es die Raumbe-
dingungen gestatten, Aufnahme finden, wenn sie körperlich und
geistig genügend entwickelt sind. Ueber die Aufnahmefähig-
keit entscheidet der Rektor, eine ärztliche Bescheinigung ist
nicht erforderlich.
Die Anmeldung sämtlicher Kinder hat bis zum 14. Februar
zu erfolgen. Vorzulegen sind der Zuspätschein, von aus-
wärtigen Kindern außerdem der Geburtschein.
Einschreibungsstunden: Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag
von 11-12 Uhr, vormittags und 2-6 Uhr nachmittags.
Der Rektor, Grün.

Versteigerung.
Samstag, den 14. Febr., nachm. 3 Uhr mitt. leutop.
lassen die Erben des Peter Wasth III von
Oberhof a. Lahn
Kleiner Gegenstände gegen gleich bare Zahlung freiwillig
versteigern.
Ein leichter Kutschwagen mit Zubehör, 1 Gage, 1 Flug,
1 Windmühle, die Kuchentafel, für Wännen zu fahren, nebst
Zubehör, außerdem das Sattelgeschirr für einpaarig zu
fahren und noch verschiedene kleine Gegenstände an Ort
und Stelle.
Kaufinteressent steht es hiermit anheim, vor der Verstei-
gerung die Sache zu besichtigen.

Versteigerung.
Samstag, den 14. Febr., nachm. 3 Uhr mitt. leutop.
lassen die Erben des Peter Wasth III von
Oberhof a. Lahn
Kleiner Gegenstände gegen gleich bare Zahlung freiwillig
versteigern.
Ein leichter Kutschwagen mit Zubehör, 1 Gage, 1 Flug,
1 Windmühle, die Kuchentafel, für Wännen zu fahren, nebst
Zubehör, außerdem das Sattelgeschirr für einpaarig zu
fahren und noch verschiedene kleine Gegenstände an Ort
und Stelle.
Kaufinteressent steht es hiermit anheim, vor der Verstei-
gerung die Sache zu besichtigen.

Versteigerung.
Samstag, den 14. Febr., nachm. 3 Uhr mitt. leutop.
lassen die Erben des Peter Wasth III von
Oberhof a. Lahn
Kleiner Gegenstände gegen gleich bare Zahlung freiwillig
versteigern.
Ein leichter Kutschwagen mit Zubehör, 1 Gage, 1 Flug,
1 Windmühle, die Kuchentafel, für Wännen zu fahren, nebst
Zubehör, außerdem das Sattelgeschirr für einpaarig zu
fahren und noch verschiedene kleine Gegenstände an Ort
und Stelle.
Kaufinteressent steht es hiermit anheim, vor der Verstei-
gerung die Sache zu besichtigen.

Todesanzeige.

Am Sonntag verschied ganz unerwartet in Darmstadt unser
geliebter guter Bruder, Schwager und Onkel

Ludwig Güll

im 44. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Familie Heinrich Kasper,
Familie Karl Güll, Stadtbaumeister.

Holzappel, Bad Ems, den 11. Februar 1920.

Die Beerdigung findet statt Freitag Nachmittag 3 Uhr in
Holzappel. [706]

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heim-
gang meiner lieben Frau, unserer unvergeßlichen treusorgenden
Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Susanne Schlau

geb. Reinhardt

sowie für die zahlreichen Kranzspenden, sagen auf diesem Wege
innigsten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Familie Hrch. Schlau.

Holzappel, den 9. Februar 1920.

Danksagung.

Für die herzliche Anteilnahme an dem
herben Verluste unseres lieben Kindes sowie für
die überaus reichen Kranzspenden dankt herzlich

Schwamm

Arnsteiner Klostermühle.

Besonderen Dank denjenigen, die sich am
Aufsuchen des Kindes beteiligten. [686]



Geld-Lotterie

zum Besten des Genesungsheims.
Ziehung am 16., 17. und 18. Februar 1920.
11 500 Goldgewinne in bar, ohne Abzug zahlbar.

375 000 Mark
100 000
50 000
20 000 Mark

Lose zu M. 3.30. Für Porto u. Liste 40 Pf. extra.
Vermindert gegen Nachnahme oder Vor-
einsendung des Betrages das Bankhaus

Verkehrs- und Verschönerungsverein Diez.

Donnerstag, den 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr

Versammlung

bei Marxheimer.

1. Besprechung über Schillerherbergen.
2. Aufnahme der Vereinsmitglieder.
3. Beschiedenes.

Der Vorstand.

Stemm- u. Ringverein

Bad Ems.
Heute abends 8 Uhr (neue Zeit)
außerordentliche
Mitgliederversammlung
im Kasino Zentralhotel.
Da Tagesordnung wichtige Be-
sprechung aufzuweisen hat, wird
vollständiges Erscheinen aller Mit-
glieder dringend erwünscht und
erwartet. [704]

Der Vorstand.

Kriegsbeschädigte!

Donnerstag, den 12. Febr.,
2 Uhr ab in der Brückengasse
bei Oppenheimer, Ems. [705]

Salzillgurken

eingetroffen [693]
P. Biel, Ems.

Ma'ner Käse,

Matmelade

eingetroffen.
Heinrich Amson, Ems.
Telefon 2. [706]

Süßrahmmargarine

frisch eingetroffen bei [692]
P. Biel, Ems.

Kaufe ganze Einrichtungen

solche Möbel aller Art
zu den höchsten Preisen.
Georg Faulhaber,
Coblenz, Hohenlohe-
gasse 5, a. d. Liebfrauenkirche.
Telefon 592. Kart. gerügt.

Altpapier

zum Einstampfen
kauft zu höchsten Preisen
Dürner Papier und
Papierwaren
Georg Tewes,
Düren. Postfach 119.

Laden

in Diez zu mieten gesucht.
Angebote unter Z. F. 226
an die Geschäftsstelle. [670]

Servierfräulein

zum sofortigen Eintritt in Joh-
resstelle gesucht. [691]
Hotel zum Löwen, Ems.

Gebildetes Fräulein,

im Haushalt gründlich erfahren,
sucht Stelle als Hausdame zu
älterem Herrn. Am liebsten in
Ems. Gef. Angebote unter
Z. 100 an die Geschäftsstelle. [682]

Suche zum 15. April oder 1.
Mai Stunden-
Frau, Ems. Köchlein 71.
Züchling, besserer

Mädchen,

welches gut kochen u. etwas nähen
kann, sowie alle Arbeiten gewohnt
ist mit zu verrichten, bei gutem
Lohn

per sofort gesucht.
Kammer, Köchlein, 28 11, Ems.
Für kleinen herrschaftlichen
Haushalt (Düsseldorfer Straße
Hofseite) wird ein im Kochen
perfektes, in allen Zweigen des
Haushalts erfahrenes, ev.

Mädchen gesucht.

Wäsche ohne Anhang bevorzugt
Dauernde Stell., hohe Vergüt.
Hauptbed.: ehrlich, religiös u.
gesund. Referenzen erbeten;
Angeb. an **Hotel Bremer**
Hof, Bad Ems.

Ein tüchtiges
Mädchen,
welches selbständig kochen kann,
in besserem Hause schon war,
bei hoh. Lohn nach Wies-
baden zum bald. Eintritt
gesucht. Näb. Geschäftsstelle

Gesucht ein ev. **Mädchen**
das kochen kann. Zw. Mädchen
vorhanden. Beträgeneposten.
Dauerstellung bei gutem Lohn.
Angebote an Frau Schmidt
Otweiler, Bz. Trier, B. Ho-
naustr. 4. Auf Wunsch höhere
Auskunft bei Frau Fortm.
Müller, Nassau a. d. Lahn
Emser Str. 22 [694]

Ein Mädchen

für dauernd gesucht.
Näb. d. Geschäftsstelle. [698]

Ein
Mädchen
für Hausarbeit gesucht.
Carl Dupp, Marktstr. 2.
Bad Ems.

Villa

oder Landhaus

in Ems zu kaufen gesucht.
Gest. Angebots mit Preis,
Zahl der Räume etc. an
Josef Gerde,
Rhöndorf a. Rh.

Ein paar
nene Stiefel
(Zuchten, wasserfest) zu ver-
kaufen. Für erfragen in der
Geschäftsstelle. [697]

Großer vierediger
Kinderstuhl
vom Schreiner gearbeitet,
sowie großer runder
**Ausziehtisch, Kranken-
tisch und anderes**
preiswürdig zu verkaufen.
Wo sagt die Geschäftsstelle. [681]

Gebrauchter, guterh. fi.
Kindersportwagen
zu kaufen gesucht. [690]
Wo sagt die Geschäftsstelle.

Ein gebrauchter, gut erhalt
Anzug
(f. 14-17 Jahre) zu verkaufen
Näheres Geschäftsstelle.

2 junge Leute
zum Fliesenlegen suchen
Lohnfortschritt
C. J. Wittmann, Ems.

Zimmermädchen,
Stütze
u. **Kochlehrling**
gesucht.
Hotel
zum **Wilden Schwein,**
Coblenz.

Älteres Mädchen
für baldigst gesucht.
Frau Direktor Rieles,
Bad Ems. Bad Hofstr. 11.

Besseres Mädchen
erfahren im Haushalt perfekt im
Nähen und Schneidern sucht Stelle
in einem Geschäftsbereich mit
Familienanschluss. Ems und Um-
gegend.
Näheres Geschäftsstelle. [674]

Geacht braver, tüchtiges in der
Hausarbeit erfahrenes
Mädchen.
Näheres in der Geschäftsstelle. [695]